



MdB Astrid Grotelüschen

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-74608

Fax: +49 30 227-76608

E-Mail: astrid.grotelueschen@bundestag.de

Pressenmitteilung

14. Januar 2020

Statement: Klare Fakten bei Bonpflicht!

„Beim Thema Bonpflicht scheint ein Fakten-Check dringend notwendig. Die Einführung moderner Kassensysteme zur Bekämpfung des Steuerbetrugs ist richtig und sinnvoll, eine Bonpflicht dagegen Schwachsinn. Daher bleibe ich bei meiner Forderung, dass die SPD schnell umdenken muss“ so die direkt gewählte Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschen (CDU) zur aktuellen Debatte. Sie führt weiter aus: „Tatsache ist, dass die Bonpflicht von der CDU entschieden abgelehnt und das Gesetz nur mit der Zusage von Ausnahmeregelungen verabschiedet wurde.“ In allen Verhandlungen und Debatten spielte die Forderung der SPD eine zentrale Rolle. So habe zum Beispiel der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag betont: „....Was das angeht, habe ich nie verstanden, warum sich die CDU/CSU so vehement dagegen gewehrt hat, und zwar gegen den Rat aller Experten und auch gegen die Forderungen des Bundesrates. Die Pflicht zur Belegausgabe bei elektronischen Kassen gilt – das ist ein schöner SPD-Erfolg“.

Grotelüschen weiter: „Nochmal: Für die sinnvolle Umsetzung des Gesetzes zählt die sichere Kasse. Daher haben wir in der CDU von Anfang an Ausnahmen von der Belegausgabepflicht für Betriebe mit „Massengeschäften“ wie Eiscafes, Bäcker, Frisöre usw. gefordert. Fakt ist auch: wer einen Bon verlangt, muss ihn bekommen.“ Im ursprünglichen Referentenentwurf des 2016 unter Finanzminister Schäuble (CDU) geführten Ministeriums hatte die Passage zu einer Belegausgabepflicht deshalb gänzlich gefehlt. Die aktuelle Situation zeige, dass die im Gesetz vorgesehenen Ausnahmen von den Landesfinanzämtern nicht wie geplant umgesetzt werden können. „Deshalb ist die Kritik berechtigt und wir müssen sofort gegensteuern. Ich bin dankbar, dass unser Wirtschaftsminister Peter Altmaier bereits interveniert hat, bisher leider erfolglos“, so Astrid Grotelüschen. „Ich lasse nicht locker, bis wir eine praktikable Lösung haben. Dies setzt ein Umdenken der SPD und des Finanzministers Scholz voraus, damit wir unseren Betrieben hier eine Lösung anbieten können.“